

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr Mk. 13.50 und 90 Pfg. Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Petitzeile oder deren Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen 1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gatz in Wildbad.

Nummer 105

Wildbad, Samstag, den 8. Mai 1920.

54. Jahrgang

Hindenburg und der Zusammenbruch.

Nichts liest man in dem Werke des Generalfeldmarschalls „Aus meinem Leben“ (es ist soeben bei Hirtzel in Leipzig erschienen) mit größerer Bewegung als die letzten Kapitel: „Dem Ende entgegen“ und „Mein Abschied“. Er, der Sieger in so vielen Schlachten, muß sich beugen unter ein Geschick, dessen riesengroße unverdiente Härte unter Millionen ja doch nur ihm allein zum Bewußtsein kommen konnte. Seit der Unglückschlacht vom 8. August bangte ihn, das liest man überall heraus, vor dem Zusammenbruch, vor dem Ermatten seiner Kraft. Er hielt aber weder die Katastrophe unserer Bundesgenossen, noch das Versagen der Heimat für so nahe, wie sie tatsächlich waren. Er kannte den deutschen Soldaten, dessen Heldentaten während vier Jahren er mit gerühmter Bewunderung erzählt, zu gut, um ihm nicht auch nach ein paar unglücklichen Schlachten Galtung und Festigkeit zuzutrauen. Aber um kam im September der Zusammenbruch und der Abfall Bulgariens, im Oktober die Katastrophe Österreichs. Es war die Gewißheit da, daß die Front im Südosten und Osten nicht mehr geschlossen sein würde, daß der Feind durch halboffene Eingangsporten sich auf das alleingelassene Deutschland stürzen würde. Es kam im Oktober die viel schmerzlichere Gewißheit, daß im Innern Deutschlands die heroische Widerstandskraft nicht mehr vorhanden war, auf die der General rechnen mußte. Immer wieder an verschiedenen Stellen seines Buchs betont Hindenburg, daß die Heimat früher erlahmte als das Heer. Er gibt dem einen sehr verständlichen Ausdruck mit dem Satz, daß der deutsche Soldat und der deutsche Staatsmann in verschiedenen Richtungen gingen. Er spricht es deutlich aus in dem Brief an den damaligen Reichsminister von Baden vom 24. Oktober 1918, worin er nicht verhehlt, daß er in den letzten Reichstagsreden einen warmen Anruf zugunsten und für die Armee schmerzlich vernist habe. Er habe von der neuen Regierung erhofft, daß sie alle Kräfte des gesamten Volks in den Dienst der vaterländischen Verteidigung sammeln würde. Das ist nicht geschehen.

Hindenburg schildert, wie er nach dem Rücktritt Ludendorffs am 26. Oktober General Gröner als Generalquartiermeister erhielt und mit ihm den weiteren Rückmarsch und das Zurückziehen des Heeres in die Verteidigungslinien Annwerpen—Maas leitete. Er spricht davon, wie schwer dieser Entschluß durchzuführen gewesen sei, besonders wegen der Rettung der 80.000 Verwundeten in den vorderen Lazaretten. Aber nun kam die Revolution, die nach dem Hindenburgischen Ausbruch wie ein Fieber den ganzen Volkskörper schüttelte und jede ruhige Ueberlegung säuwiden machte. Hindenburg war seit dem 26. Oktober, wo er Berlin verlassen hatte, wieder im Hauptquartier. Noch am 5. November eilt General Gröner nach der Hauptstadt, um die Parteiführer vor der kommenden Revolution zu warnen. Er kommt zu spät. Am 6. November bei seiner Rückkehr wäre Gröner beinahe selbst von den Revolutionären abgefangen worden. Am 7. (oder 8.) November erfolgt die angebliche Thronentsagung des Kaisers. Hindenburg sagt, daß im Vaterland diese Thronentsagung verkündet wurde, ehe der Entschluß vom Kaiser gefaßt war.

Nun war man am Ende. Hindenburg blieb in Spa, um das Schwerste, das Entsagungsvollste zu tun, was einem solchen Heerführer je aufgetragen war, das Heer in die Heimat zurückzuführen. Am 9. November, nachmittags, sah er den Kaiser zum letzten Mal.

Neues vom Tage.

Gute Vorläufe für Spa.

Dresden, 9. Mai. Vor einer Zentrumsversammlung sagte Reichsfinanzminister BIRTH: Ich werde jedem die Tür weisen, der mir den Gedanken des Staatsbankrotts nahelegen will. Wir werden nach Spa gehen und der Entente sagen, daß nur Gemeinsamkeit uns helfen kann. Das Schicksal der deutschen Welt ist auch das Schicksal des französischen Frankreichs. Die Welt von Hoch ist ein Zeichen dafür, wie unruhig die Welt regiert wird.

Die Räumung der neutralen Zone.

Berlin, 9. Mai. Die französische Regierung wurde verständigt, daß die überzähligen Reichswehrtruppen bis 10. Mai aus dem Ruhrgebiet zurückgezogen sein werden.

Lohnbewegung.

Kattowitz, 9. Mai. Die oberschlesischen Bergarbeiter sind mit neuen Lohnforderungen hervorgetreten. Für heute sind allgemeine Bergarbeiterversammlungen einberufen, um die Forderungen auf hundertprozentige Lohn-erhöhung festzulegen.

Stolz in Pommern, 9. Mai. Die seit 3 Wochen streikenden Metallarbeiter verwehrten den Angestellten der Ueberlandzentrale den Zutritt zu den Werken. Stadt und Umgebung sind ohne elektrischen Strom.

Berlin, 9. Mai. In den Betriebswerkstätten der Eisenbahndirektion Berlin sind in den letzten acht Tagen zahlreiche Kündigungen von Eisenbahnern erfolgt. In der Berliner Metallindustrie sind seit dem 15. April etwa 2300 Arbeiter entlassen worden. Ebenso kündigte die Berliner Omnibusgesellschaft wegen andauernder Unwirtschaftlichkeit bei sonstigen Lohnsteigerungen 500 Angestellten.

Deutscher Schulstreit in Oberschlesien.

Breslau, 9. Mai. Die Kommission der Verordnungen hat auf Drängen der Polen in den beiden oberschlesischen Kreisen Rybnik und Pleß angeordnet, daß in den Schulen nur polnisch gesprochen werden dürfe, da es sich um „rein polnische“ Bezirke handle. Gegen diese Anordnung haben sich jetzt in acht Gemeinden des Kreises Rybnik die Eltern durch einen Schulstreit gewehrt.

Gegen den Schleichhandel.

München, 9. Mai. In einer Versammlung, die dem Kampf gegen das Schieber- und Wuchertum galt, teilte Justizminister Dr. Müller mit, daß Bayern im Verein mit Baden vergeblich die Aufhebung des Post- und Telegraphengeheimnisses zur Bekämpfung des Schleichhandels und Wuchertums beim Reich verlangt habe. Die bayrische Regierung werde allenfalls auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung auf diesem Gebiet selbständig vorgehen.

Gegen die schwarzen Franzosen.

München, 9. Mai. Die weiblichen Abgeordneten sämtlicher Parteien des Bayerischen Landtags haben (wie die Frauen im Württembergischen Landtag) an ihre Staatsregierung einen Antrag gerichtet, sie möge bei der Reichsregierung Schritte einleiten wegen Zurückziehung der schwarzen Truppen aus dem besetzten Gebiet mit Rücksicht auf die schweren sittlichen Verbrechen, die wiederholt an deutschen Frauen und Mädchen begangen worden seien, und die sich zu einer Schmach für die weiße Rasse gestalten.

Berlin, 9. Mai. Der französische Sozialistenführer Albert Thomas ist nach Paris zurückgekehrt, nachdem er sich mit dem Gewerkschaftsführer Legien und dem Reichsarbeitsminister Schlichte über die Fortsetzung des internationalen Arbeiterkongresses besprochen hatte. Das internationale Arbeitsamt, dessen Direktor Thomas ist, solle zwar vom Völkerbund nicht ganz abhängig, aber ihm gegenüber selbständig sein. Er erkenne Deutschland als vollberechtigtes Mitglied an, auch wenn es noch nicht zum Völkerbund gehöre.

Der Streit in Frankreich.

Paris, 9. Mai. Die Zahl der ausständigen der staatlichen Eisenbahner beträgt in den verschiedenen Bezirken 65 bis 90 Prozent. Auf der privaten Orleansbahn und der Paris—Lyon—Mittelmeerbahn ist das Verhältnis das gleiche.

Der soziale Kampf in England.

London, 9. Mai. In der Jahresversammlung der Primrose League (Primrosebund in England, der die Welt-herrschaftspläne Englands vertritt und seit 1884 besteht) wurde an Bonar Law die Frage gerichtet, ob in der englischen Industrie das Unternehmertum auch weiterhin die Führung behalte, oder ob die Betriebe verstaatlicht werden sollen. Bonar Law erwiderte, die Regierung sei darin einig, daß der Kampf ausgefochten werden müsse; in dieser Frage gebe es kein Verhandeln. (Die

englische Regierung will also den Kampf gegen die sozialistischen Forderungen aufnehmen.)

Lloyd George sprach sich in einer Rede entschieden gegen die Sozialisierung der englischen Industrie aus.

London, 9. Mai. Nach den Blättern droht die Polizei in Irland in den Ausstand zu treten, wenn die englische Regierung nicht ausreichende Maßnahmen treffe, daß die Polizei ihre Pflicht erfüllen könne.

Englisch-japanischer Vertrag.

Berlin, 9. Mai. Der „Lokalanzeiger“ berichtet, der englisch-japanische Bündnisvertrag soll auf sieben Jahre verlängert, aber unter die Aufsicht des Völkerbunds gestellt werden.

Krieg im Osten.

Warschau, 9. Mai. Einer Blättermeldung aus Warschau zufolge dauert der Kampf zwischen Bolschewisten und Polen um Kiew Tag und Nacht fort. Die Polen drängen in einem großen Halbkreis langsam vorwärts.

Einer Moskauer Meldung zufolge ist eine besondere Kommission ernannt worden zur Verstärkung der Streitkräfte und Kampfmittel an der polnischen Front. Vorsitzender der Kommission ist General W. W. Fok.

Kopenhagen, 9. Mai. Nach einer Mitteilung aus Helsinki bestreitet das finnische Ministerium des Auswärtigen die deutscherseits ausgesprochene Vermutung, der Besuch des Generals Mannerheim in Berlin stehe in Zusammenhang mit gewissen englischen Plänen, einen Vorstoß gegen Sowjet-Russland zu machen, bei dem den finnischen Truppen der Hauptanteil zugedacht sei. (Diese Nachricht war von dem Blatt der Berliner Unabhängigen, der „Freiheit“ verbreitet worden.)

Der Aufrüstung in Mexiko.

Mexiko-Stadt, 9. Mai. Präsident Carranza erklärt, er werde solange kämpfen, bis der Aufrüstung niedergeworfen sei, dann werde er die Präsidentschaft einem gesetzlich gewählten Nachfolger übergeben. Die Wahlen können am 4. Juli stattfinden.



Der polnische Vormarsch gegen Sowjet-Russland.

Berlin, 7. Mai. Betriebe, die während des Kriegs genötigt waren, im Ausland Kredite zu nehmen, die jetzt fällig werden, sind durch die inzwischen eingetretene Devalutierung in die lässliche Lage gekommen, daß sie jetzt das Vielfache von dem bezahlten müssen, was ihnen seinerzeit geborgt worden ist. Nicht wenige Industriebetriebe und Aktiengesellschaften ständen vor der Notwendigkeit, den Konkurs anzumelden. Das Reichsfinanzministerium bereitet nach dem „Volkswirtschaftler“ eine Verordnung vor, daß solche Aktiengesellschaften besondere Vergünstigungen erhalten sollen.

Frankfurt a. M., 7. Mai. Der Befehlshaber der Rheinarmee hat dem Frankfurter Polizeipräsidenten Ehrler eine Geldstrafe von 10000 M. auferlegt, weil er der Militärbehörde nicht alle Arten von Waffen, die zur Bewaffnung der Polizei bestimmt waren, abgegeben habe und weil sich Waffen in ansehnlicher Zahl zur Ausstattung der Polizei vorgefunden hätten.

Frankfurt a. M., 7. Mai. Der Stadtverordnete Döpfel, der in der Stadtkoronettenversammlung gegen die Besetzung der Stadt Einspruch erhoben hatte, wurde von der französischen Behörde zu 10000 M. Geldstrafe verurteilt.

München, 7. Mai. Der bisherige bayerische Lehrminister v. Frauendorfer ist zum Sekretär im Reichsverkehrsministerium und zum Leiter der Zweigstelle München der Reichsbahn ernannt worden.

Ungarn lehnt den Friedensvertrag ab?

Berlin, 7. Mai. Der „Berl. Volksanz.“ meldet aus Wien, daß in Budapest als sicher angenommen wird, daß Graf Apponyi den Friedensvertrag nicht unterzeichnen wird. Wenn es überhaupt zur Unterzeichnung komme, werde ein Beamter als Vertreter der Regierung nach Paris entsandt werden. Bis zum 17. Mai hat Ungarn Zeit, sich zu erklären, ob es unterzeichnen will oder nicht. Der Oberste Rat hat Änderungen seiner Bedingungen abgelehnt.

Der Streik in Frankreich.

Paris, 7. Mai. Die Metallarbeiter der Umgebung von Paris haben sich dem großen Ausstand angeschlossen. — Die Angestellten der Post- und Telegraphenverwaltung in Marseille haben wegen der Entlassung dreier Angestellter die Arbeit niedergelegt.

Der Gesundheitszustand Lloyd Georges.

Paris, 7. Mai. Zu Paris aus London berichtet, soll sich der Gesundheitszustand von Lloyd George, der an Luftröhrenentzündung erkrankt war, soweit gebessert haben, daß seine Rückkehr für die nächste Woche in London erwartet wird.

Einschränkung der englischen Kohlenausfuhr.

London, 7. Mai. Der „Times“ zufolge plant die Regierung die Verminderung der Kohlenausfuhr, weil die Förderung noch nicht ausreichend ist. Statt Kohlen sollen Maschinen und andere Fabrikwaren ausgeführt werden.

Unruhen in Italien.

Rom, 7. Mai. Die aufständische Bevölkerung in Reggio hat Barrikaden errichtet. — In der Provinz Verona verhindern die streikenden Landarbeiter vielfach die Fütterung des Viehs mit Stroh. Bei Villa Franca griffen 2000 Streikende mehrere Besühnungen an, die von Truppen geschützt wurden. Es gab 50 Schwerverwundete.

Zwischen 400 Carabinieri, die flüchten wollten, und den Banden Annunzio kam es zu Kämpfen, wobei es auf beiden Seiten Tote und Verwundete gab.

Russische Bestellungen in Schweden.

London, 7. Mai. Laut „Daily Telegraph“ soll England in Schweden für 40 Millionen Kronen (45 Mill. Goldmark) landwirtschaftliche Maschinen bestellt haben.

Umlagen und Lieferungsverträge statt Zwangswirtschaft.

Das neue Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft beabsichtigt laut Vereinsblatt des D. Bauernvereins eine neue Art der Regelung der Kartoffelabgabe durchzuführen. Der Bedarf der Verbrau-

cher soll auf dem Weg des Umlageverfahrens gedeckt werden.

Die kleineren Betriebe werden mit weniger, die größeren mit mehr Umlage belastet. Es sollen folgende Betriebsgrößen vorgesehen sein: Die 1. Gruppe mit dem Betrieb von 2 bis 3 Hektar; die 2. Gruppe mit dem Betrieb von 3 bis 5 Hektar; die 3. Gruppe mit dem Betrieb von 5 bis 10 Hektar; die 4. Gruppe mit dem Betrieb von 10 bis 50 Hektar; die 5. Gruppe mit dem Betrieb über 50 Hektar. Entsprechend wird auch die Umlagepflicht abgestuft, von 20 Jtr. der letzten Gruppe bis 2,5 Jtr. der ersten Gruppe. Die Betriebe bis zu 2 Hektar bleiben von jeder Umlage frei.

Die Preise für die Vertragskartoffeln werden vor der Ernte von einem Ausschuss festgesetzt, der aus 6 Vertretern der Landwirtschaft, 3 Vertretern des Handels, 6 Vertretern der Verbraucher und 3 vom Reichsernährungsministerium zu ernennenden Unparteiischen besteht.

Dies soll der erste Versuch einer Ueberleitung der Zwangswirtschaft in die freie Wirtschaft sein durch den vor allem eine vermehrte Erzeugung angesetzt wird.

Reichslandwirtschaftskammer.

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ist der Entwurf zu einem Reichsgesetz für die Einrichtung landwirtschaftlicher Berufsvertretungen fertiggestellt und den Landesregierungen zur Kenntnisnahme übermittelt worden.

Die landwirtschaftliche Berufsvertretung war bisher ausschließlich durch Landesrecht geregelt. Die reichsrechtliche Regelung erweist sich als dringend notwendig, weil die deutsche Landwirtschaft beanspruchen darf, am Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft mit einer zeitgemäßen Interessensvertretung mitwirken zu können und eine berufständische Vertretung bei der Reichsregierung zu haben.

Der Entwurf stellt ein Rahmengesetz dar. Es sollen Vertretungskörper für die Verwaltungsbezirke höherer Ordnung in den einzelnen Ländern, landwirtschaftliche Zentralvertretungen der Länder sowie die Reichslandwirtschaftskammer gebildet werden.

Aufgabe der landwirtschaftlichen Berufsvertretungen soll es sein, die gesamten Angelegenheiten der Landwirtschaft ihres Bezirkes in wirtschaftlicher und sachlicher Beziehung zu vertreten.

Die Vertretungskörper der Verwaltungsbezirke sollen aus allgemeinen, gleichen, direkten Wahlen der landwirtschaftlichen Berufsangehörigen nach der Verhältniswahl hervorgehen. Die Wahlen sollen in drei Gruppen erfolgen, von denen je eine 1. von dem Groß- und Mittelbesitz, 2. von dem Kleinbesitz und 3. den Arbeitnehmern (Angestellten und Arbeitern) gebildet wird. Jede Gruppe wählt eine gleiche Zahl von Mitgliedern. Wahlberechtigt sollen alle männlichen und weiblichen, dem landwirtschaftlichen Berufsstand angehörigen Personen sein, sofern sie 1. seit mindestens einem Jahr ununterbrochen in ihrem Wahlbezirk wohnen, 2. mindestens 20 Jahre alt sind, 3. im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind, 4. die Reichsangehörigkeit besitzen.

Wählbar sind alle 24-jährigen wahlberechtigten Berufsangehörigen, die 1. seit mindestens 3 Jahren ununterbrochen in ihrem Wahlbezirk wohnen, 2. seit mindestens drei Jahren ununterbrochen landwirtschaftliche Berufsangehörige sind. Nebenher können auch die Landwirtschaft besonders verdienende Personen sowie die verschiedenen Vereinigungen des landwirtschaftlichen Berufsstands Sitz und Stimme erhalten.

Die Mitglieder der Zentralvertretungen der Länder sollen von den nächstniedrigen Vertretungskörpern gewählt werden.

Die Reichslandwirtschaftskammer soll von den landwirtschaftlichen Zentralvertretungen der Länder aus ihrer Mitte gewählt werden und eine den Vertretungskörpern der Länder entsprechende Zusammensetzung erhalten. Die Zahl der Mitglieder der einzelnen Länder hängt ab von der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe, der Größe der bebauten Fläche und der Zahl

der tätigen Personen. Jedes Land darf aber aus jeder der drei Wählergruppen mindestens je ein Mitglied entsenden. Kein Land darf durch mehr als 2/3 aller Stimmen vertreten sein.

Die Reichslandwirtschaftskammer soll ihren Sitz am Ort der Reichsregierung haben und den Reichsbehörden regelmäßig als Beirat in allen die Landwirtschaft betreffenden Fragen dienen. Wie in den Vertretungskörpern der Länder, so sollen auch in der Reichslandwirtschaftskammer um die Landwirtschaft verdienende Personen und landwirtschaftliche Vereinigungen Sitz und Stimme erhalten können.

Aussteuer und Vermögen zuwa.

Auf eine Eingabe des Bundes der Landwirte hat der Reichsfinanzminister am 20. April folgendes geantwortet: Die einer Tochter gewährte Aussteuer bei der Verheiratung der Tochter ist nicht Teil ihres steuerbaren Vermögens. Eine Ausnahme hiervon besteht nur dann, wenn die Aussteuer in Geld (anstatt Möbel, Wäsche usw.) gewährt wird.

Diese verschiedene Behandlung der Aussteuer in steuerlicher Hinsicht kann zu Unbilligkeiten führen. Für die Frage, ob und inwieweit hier im Erlasswege Abhilfe zu schaffen ist, sind jedoch die besonderen Verhältnisse jedes einzelnen Falles von so großer Bedeutung, daß es nicht angängig ist, hier empfangene Aussteuerkapitalien grundsätzlich in allen Fällen von der Kriegsabgabe freizustellen. Ich muß mir daher die Entscheidung über jeden einzelnen Erlassantrag vorbehalten und bin mithin nicht in der Lage, eine Verfügung der beantragten Art zu erlassen.

Ich möchte nicht unterlassen, noch besonders darauf hinzuweisen, daß die Höchstgrenze eine andere ist, soweit nicht eine Aussteuer, sondern eine Ausstattung der Tochter gewährt worden ist. Während die Tochter auf eine Aussteuer einen rechtlich begründeten Anspruch hat, ist dies bei der Ausstattung nicht der Fall. Die Ausstattung stellt sich vielmehr als „eine ohne entsprechende Gegenleistung erhaltene Zuwendung“ dar und ist von dem Endvermögen des angefallenen Kindes abzurechnen und dem Endvermögen des die Ausstattung gewährenden Vaters hinzuzurechnen.

Hiernach muß also, wenn die Aussteuer in Geld gegeben und am 30. 6. 1919 noch nicht in Möbeln und anderen Aussteuergegenständen angelegt war, von der Tochter bzw. dem Schwiegerkinder die Freistellung der Aussteuer von der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs besonders beantragt werden.

Oberst Bauer für die Absehung des Kaisers.

Der amerikanische Berichterstatter Wiegand sendet, wie der „Wirt. Zeitung“ gemeldet wird, dem „New York American“ einen Bericht über eine Unterredung mit dem — zurzeit von der Reichsregierung stiefbrüchlich verfolgten — Oberst Bauer. Bauer erklärte, es sei eine ganz irrige Meinung, daß die Oberste Heeresleitung im Krieg in bezug auf Politik und militärische Maßnahmen diktatorische Macht besitzen habe. Bauer jagte u. a.:

„Altenmännige Leute dafür, daß wir nicht einmal auf militärischem, viel weniger auf politischem Gebiet diktieren konnten, werden in Kürze herausgegeben werden. Die Oberste Heeresleitung war ja nur eine von den acht Instanzen, die den Kaiser umgaben. Der Generalfeldmarschall mußte oft um das Notwendigste bitten, und auf die wichtigsten Entscheidungen mußte er oft wochenlang warten. Man konnte den Kaiser nicht zu einer Entscheidung bringen.“

Im Januar 1918 erklärte ich Ludendorff, daß der Kaiser abgesetzt werden müsse, oder der Ausgang des Kriegs sei gefährdet, und ich drang darauf, daß diesbezügliche Schritte getan würden. Wiegand fügte hinzu, daß der Plan an Hindenburgs unerwarteterlichem Widerstand gescheitert sei. Diese und andere Enthüllungen sollen in einem Buch, an dem Oberst Bauer zurzeit arbeitet, enthalten sein. Oberst Bauer erklärte dem amerikanischen Journalisten dann noch, daß nur Unwissende an einen deutschen Revolverkrieg glauben. Niemand wisse es besser als Fach, aber es ent-

Die wilde Hummel.

Roman von Erich Friesen.

27

(Fortsetzung.)

Norbert, der zurückgelehnt, die Beine über einander geschlagen, im Lehnstuhl sitzt, zündet sich eine neue Zigarre an und bläst blaue Ringelblöckchen in die Luft. Er hat keine Ahnung, was der Onkel mit seiner nächsten Auseinandersetzung bezweckt.

„Auch wäre es unter Umständen mit Teiner Karriere Effig“, fährt der Hofrat unbarmherzig fort. „Bis jetzt hast Du noch immer einen recht hübschen Wagen zugekauft — nebenbei bemerkt auch ein Grund, weshalb es, neben der Kränklichkeit Teines Vaters, immer mehr bergab ging. Wenn das so weiter geht, hören die Hühner auf.“

Noch immer paßt Norbert scheinbar gleichmütig drauflos, obgleich bei den letzten Worten seines Onkels etwas wie Unmut über seine Bälge huschte.

„Und Deine arme Schwester, das gute Kind, wird auch verkrüppeln in den ewigen Sorgen und dem Kleinheitsstrom des Lebens!“ fügt Herr v. Marwitz scharf hinzu.

Bei der Erwähnung seiner Schwester biegt Norbert den Oberkörper etwas vor.

„Die arme Eva tut mir ja auch leid!“ meint er achselzuckend. „Aber was kann ich dagegen tun?“

Herr v. Marwitz antwortet nicht sogleich, wohl, um dem Trumpf, den er noch auszuspielen hat, Nachdruck zu verleihen. Erst nach einer Weile sagt er trocken, gewisfermaßen geschäftsmäßig:

„Du mußt eben — heiraten!“

Mit einem leisen Laut des Mißmuts wirft Norbert seine Zigarre in den Aschenschbehälter.

„Du weißt doch, Onkel Udo —“

„Ja, ja, ich weiß! Auch ich bin in Teinen Jahren verliebt gewesen — bis über beide Ohren sogar — und mußte entsagen... aus Familienrücksichten. Das ist zumeist das Los der sogenannten „oberen Gehntausend“.“

Zuerst glaubt man nicht überwinden zu können — eine Krugel möchte man sich am liebsten in seiner Jugendeselei durch den Kopf jagen — später klappert alles vorzüglich. Diselotte d'Estere besitzt eine Masse Vorzüge: sie ist reizend, klug, aus vornehmer Familie. Aber — sie hat kein Vermögen. Und Du — Du brauchst eine Frau mit Geld... nicht etwas Geld, sondern viel Geld... sehr viel Geld... eine Masse Geld... Je mehr, desto besser!“

Mit der ihm eigenen fast frauenhaften Grazie ergreift der alte Herr sein Krystallglas und schlürft bedächtig den goldunkelnden Rheinwein. Dann lehnt er sich in den Sessel zurück und wartet.

Norbert ist aus dem Stuhl getreten und blickt hinaus in die Nacht.

Im Stillen unterschreibt er jedes Wort seines vortrefflichen, weltweisen Onkels. Und doch — und doch —

„Wenn Du eine große Summe Dein eigen nennst, kannst Du alle Schulden tilgen, die auf Wirtensfeld liegen“, beginnt Herr v. Marwitz von neuem, da Norbert beharrlich schweigt. „Du wirst später, wenn Dein guter Vater die Augen zugetan haben wird — möge er noch recht lange dauern! — der Besitzer des herrlichen Stammsitzes sein. Dazu ein fürstliches Vermögen, womit Du ein großes Haus machen und die Vorzüge von Birkenfeld ins rechte Licht rücken kannst — das alles wird

auch Teiner Karriere nützen. Und — der Zukunft Teiner Schwester!“

Schweigend hat Norbert zugehört. Jetzt tritt er dicht vor den alten Herrn hin und blickt ihm mit gutwärtig-spöttischer Miene in das kluge, überlegene lächelnde Diplomategesicht.

„Du tust gerade, als brauchte ich bloß zuzugreifen.“

„Selbstverständlich. Die Millionen liegen direkt an der Straße. Du brauchst sie nur aufzuheben.“

„Die — Millionen? ... Ich verstehe Dich nicht.“

„Du mußt nur eine kleine Unausnehmlichkeit mit in den Kauf nehmen, mein Junge. Aber die bittere Pille wird reichlich verfaßt durch — zehn Millionen!“

„Zehn — Millionen?“

„Sobiel besitzt die „wilde Hummel von Büffel-Goldfeld“,“ entgegnet der Herr Hofrat Udo v. Marwitz gelassen, indem er aufsteht.

Teine Wöte steigt Norbert zu Kopfe. Ihm ist, als habe er soeben einen Faustschlag erhalten.

Ein paar Augenblicke antwortet er nicht, wie niedergedrückt durch diese entwürdigende Empfindung. Dann sagt er leise, mit finstern zusammengezogenen Brauen:

„Ich bitte Dich, Onkel, laß Fräulein Krevallo ein für allemal bei Teinen Kalkulationen aus dem Spiel!“

„Warum? Ist sie Dir so sehr zuwider?“

„Das nicht. Aber —“

„Na also! Sie ist doch ein ganz nettes Mädchen. Das „Wilde“ wirst Du ihr schon abgewöhnen, wenn Du erst mal ihr Herr und Gebieter bist! Und ihre drastischen

„Brüde“ —“

„Ach sage „nein“. Und — fertig!“

Fortsetzung folgt.



spreche einen Zweck, den Maßen an einen solchen Revanchekrieg nach Möglichkeit vorzuziehen. Der Oberst bestritt auch, daß es in Deutschland eine „reaktionäre militärische Bewegung“ gebe. Es bestehe nur eine Bewegung „zur Ausrichtung einer Regierung auf breiter verfassungsmäßiger demokratischer Grundlage“. Amerika sei dafür das Vorbild. Nur ein Blinder könne glauben, daß eine Möglichkeit zur Wiederverrichtung des alten Regimes in Deutschland bestehe.

Die Preise auf dem Tuch- und Textilmarkt.

Es wird uns geschrieben:
Die Preisgestaltung von Textilwaren, sei es in Tuch oder anderen Stoffen, richtet sich heute nicht, wie es früher der Fall war, in der Hauptsache nach dem Preis der Rohware, sondern ist weit mehr abhängig von den Kohlenpreisen, den Arbeitslöhnen, den Betriebskosten. Zu den letzteren gehört auch die steuerliche Veranlagung eines Betriebs usw. Wenn Wolle und Baumwolle z. B. um die Hälfte des heutigen Werts sinken würden, würde sich das Fertigfabrikat nicht auch um die Hälfte billiger herstellen lassen. Nun aber haben nach den Börsenberichten Wolle und Baumwolle nach einigen Tagen des Rückgangs, heute wieder Preise erreicht, die den früheren Notierungen fast gleichkommen. Man liest weiter, daß die Baumwoll- und Wollvorräte der Welt keineswegs ausreichen, den Bedarf aller Länder zu decken. Aus den Industriegebieten für Textilwaren kommen Nachrichten, daß ganz bedeutende Vorkaufordnungen gestellt werden, die entsprechend der allgemeinen Teuerung der Lebensmittel wohl bewilligt werden müssen. Das Reich hat neue Zuschläge für Kohlen bewilligt. Und daß die steuerlichen Veranlagungen auch nicht im Sinken begriffen sind, wissen wir zur Genüge. Woher soll also die Verbilligung der Ware kommen? Unsere Hoffnungen werden sich allen Anzeichen nach noch nicht erfüllen lassen. Wesentliche Preisrückgänge oder gar ein Preissturz für Stoffe und Fertigfabrikate sind für absehbare Zeit ausgeschlossen. Wenn durch den gegenwärtigen Stillstand erreicht würde, daß dem Umweien von sachfremden Gelegenheitshändlern, Schiebern, usw. der Boden zu ihrer unüblichen Betätigung und Preisvertenerung entzogen würde, wäre das im Interesse des kausenden Publikums und des realen Geschäftsmanns zu begrüßen. Das Publikum kann aber zu einer Gesundung des Handels sehr viel beitragen, wenn es keine Euphorie beim vorläufigen Geschäftsmann macht.

Württ. Landtag.

Stuttgart, 7. Mai.

(90. Sitzung.) Zunächst wird vom schwachbesetzten Hause der Abgeordneten über den Bauhaushalt in allen 3 Lesungen einstimmig angenommen.
Sodann geht man über zur Beratung der Anträge des Volkswirtschaftlichen Ausschusses zu verschiedenen Fragen der Volkswirtschaft.
Abg. H. (D.D.P.) beantragt die bekannten Anträge des Ausschusses über die Befreiung der öffentlichen Bewirtschaftung von Brotgetreide, Hafer, Kartoffeln, Fleisch, Fett und Milch. Norddeutschen Vätern zufolge haben die Fleischpreise so gestiegen, daß ab 16. Mai das Pfund Fleisch 10 Mk. kosten werde. Er schlägt, ob die württ. Regierung dazu gehört worden sei und welche Stellung sie dazu einnehme.
Abg. Götting (S.): Zwangswirtschaft hat mit Sozialismus sehr wenig zu tun. Auch wir würden lieber heute als morgen die öffentliche Bewirtschaftung frei geben, wenn wir die Möglichkeit einsehen würden, das Volk mit den notwendigen Nahrungsmitteln zu versehen. Die einzelnen Gemeinden sollten Genossenschaften bilden, bei denen der Landwirt seine überschüssigen Produkte absetzt, die alle seine Bedürfnisse einkaufen und Hand in Hand arbeiten mit den Städten und den Konsumgenossenschaften.
Abg. Schief (D.D.P.): Auch wir treten so gut als möglich für die freie Wirtschaft ein. Bei freiem Handel würde die Gefahr bestehen, daß durch die Ausnützung unserer Valuta große Mengen von Lebensmitteln ins Ausland verschoben würden. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft würde eine Steigerung der Löhne, der Gehälter, eine ungeheure Verteuerung der Produktion bringen. Die Arbeitslosigkeit würde noch vergrößert, es würde wahr werden, daß 20 Millionen Menschen zu viel in Deutschland sind. Die Selbstkosten der Landwirtschaft würden ins Ungeheure steigen. Eine Besserung der Valuta wäre auf diesem Weg nicht zu erreichen. Redner spricht gegen den Bauernbund.
Abg. Römer (D.D.P.): Wir haben heute dieselben Parteien gegen uns, die 1915 unsere Anträge auf bessere Wirtschaftspolitik ablehnten. Alle Maßnahmen der Zwangswirtschaft tragen die Ueberschrift „zu spät“. Man machte alle wirtschaftlichen Fragen zu Partei- und Machtfragen. Wir haben immer den Standpunkt der Produktion und der intensiven Arbeit vertreten. Millionen Zentner Zuckererben und Kartoffeln sind 1919 erfroren, weil die Landarbeiter nicht genug arbeiteten. Die Hausdurchsuchungen und Verhaftungen hat die Landbevölkerung satt. Vom Landwirt fordert man die Einhaltung der Vorschriften, um die sich nicht einmal die Kammern, die sie gemacht haben. Ueber keinen Stand werden soziale Strafen verhängt, wir über den Bauernstand. Ein freier Markt bringt welche Waren herein als die öffentliche Bewirtschaftung. Zwangswirtschaft ist Schieberwirtschaft. Wie von uns vorgeschlagene Landumlage soll den Landarbeitern zugute kommen. Im einzelnen fordern wir freie Viehwirtschaft, Abhebung der Fleischverordnungen und Kantagen, daß den Metzgermännern der direkte Verkauf innerhalb eines Bezirks zugelassen wird. Wir fordern freien Verkehr und freie Preise im Wein. Die Versorgung wird erst wieder besser, wenn der Milchhändler zu sein früheres Recht eingezogen und Milchlieferungsverträge festgestellt sind. Wir brauchen kein Kautummittel. Nur vermehrte Produktion und erhöhte Arbeit kann uns helfen. Wenn man auf dem Standpunkt steht, daß man nur 8 Stunden zu arbeiten braucht, daß 8 Tage Urlaub ist gar nichts annehmbar, dann kommen wir aus dem Jammer und der Not nicht heraus.

Stuttgart, 7. Mai. (Das Fideikommiss.) Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Landtags beriet gestern den Gesetzentwurf über vorläufige Maßnahmen gegen die Fideikommissalische Bindung von Vermögen. Art. 1, der die Neubildung von Fideikommissen verbietet, wurde einstimmig angenommen. Der demokratische Antrag wurde als zu weit gehend bezeichnet. Der Justizminister führte aus, durch die hohen Steuerabgaben, die mancher Fideikommissbesitzer nicht aufbringen könne, werden viele genötigt sein, zu verkaufen. Von Zentrumsseite wurde betont, mancher Fideikommissbesitzer würde abgeben, wenn er könnte. Der Regierungsentwurf bietet jetzt die Möglichkeit. Art. 2 und 3 wurden angenommen. Zu dem Vorkaufsrecht für Gemeinden (Art. 4 bis 8) fand ein Antrag Scheff Annahme: Nicht die Gemeinde von ihrem Vorkaufsrecht keinen Gebrauch zu machen, sondern die Grundstücke jeder Größe, sowie bei nichtüberbauten von mindestens 3 Hektar auf den Staat über. Art. 5-8, die Ausnahmen vom Vorkaufsrecht gestatten, das Schiedsverfahren regeln und Preisüberforderungen unterbinden, fanden gleichfalls Annahme.

Württemberg.

Stuttgart, 7. Mai. (Aus dem Parteileben.) Der Parteitag der württ. Zentrumspartei findet am Freitag, den 14. Mai, im Stadtgarten in Stuttgart statt. Der sozialdemokratische Verein Grob-Stuttgarts beschloß die Aufstellung von 18 Kandidaten für den Stuttgarter Wahlkreis, auf den bekanntlich 12 Abgeordnete entfallen werden. Ein 13. Sitz dürfte noch auf die Reststimmen entfallen. Als Kandidaten wurden aufgestellt: Blos, Winter, Straßer, Frau Vorkölzer, Reiser, Mattutat, Eggert, Knoblicher, Döpler, Leipart, Bullmer, Kohnmann, Frick, Kowald, Frau Blos, Heymann, Kette, Herrmann. Der Landesversammlung soll der Antrag unterbreitet werden, daß Doppelmandate künftig unzulässig sind.

Stuttgart, 7. Mai. (Auf schiefer Ebene.) Der 27 Jahre alte Kaufmann Hans Fischer von hier hatte im Jahre 1913 50.000 Mark geerbt, das Geld aber bis auf den letzten Pfennig vertan. Da er sein flottes Leben fortsetzen und nicht mehr arbeiten wollte, verlegte er sich auf Stöhlen. Vor der Strafkammer wurden ihm in einem Monat Diebstähle von 11 Ueberziehern im Wert von 10.000 Mark nachgewiesen. Fischer erhielt 10 Monate Gefängnis zuerkannt.

Zuffenhausen, 7. Mai. (Ueberfahren.) Ein 18-jähriger Mädchen, das in den noch Stuttgarter gehenden, bereits im Gang befindlichen Zug einsteigen wollte, fiel unter die Räder. Der Bediensteten wurden beide Beine abgefahren. Sie wurde ins Katharinenhospital nach Stuttgart überführt.

Salach, 7. Mai. (Ziegelverkauf.) Von der Ziegelfabrik der Firma Bud und Bauer wurde vom Gemeinderat das obere Werk um 225.000 Mk. angekauft.

Laichingen, 7. Mai. (Schafweideverpachtung.) — Wahlversammlung.) Die hiesige Sommerweide wurde am Mittwoch um 50.130 Mk. auf das Jahr 1921 verpachtet. Im letzten Jahr betrug der Pachterlös 8000 Mk. — Die Agitation zu den Reichstagswahlen hat die Sozialdemokratie letzten Sonntag mit einem Vortrag von Landtagsabg. Hoffmann eröffnet. Die Versammlung war aber nicht besonders stark besetzt.

Laichingen, 7. Mai. (Ehejubiläum.) Die 3. G. Madchen Celeste feierten am Montag in aller Stille die goldene Hochzeit. Von der Kirchen- und bürgerlichen Gemeinde wurde derselben ein Ehrengeschenk von je 20 Mk. überreicht.

Hall, 7. Mai. (Einbruch.) In der Nacht zum Donnerstag wurde wieder in ein hiesiges Geschäftshaus eingebrochen und ein größerer Posten Waren gestohlen.

Hiberach, 7. Mai. (Arbeiterprotest.) Zum Bahnbau Hiberach-Attenweiler haben sich infolge der guten Bezahlung und der kurzen Arbeitszeit eine große Zahl landwirtschaftlicher Arbeiter gemeldet. Dies hat die Landwirte veranlaßt, ihren Arbeitern die gleichen Löhne zu bezahlen wie die Bauunternehmer. Die hiesige Arbeiterschaft protestiert gegen die Einstellung landwirtschaftlicher Arbeiter am Bahnbau.

Ev. Landeskirchenversammlung.

ep. Stuttgart, 7. Mai. In der Freitagssitzung wird zunächst beschloffen, den ständigen Ausschuss, der den Landeskirchenrat vertritt, solange dieser nicht versammelt ist, aus 7 Abgeordneten zusammenzusetzen. Dann wird der Abschnitt III „Kirchenpräsident“ in Angriff genommen. Der Berichterstatter Mayer I tritt warm dafür ein, daß die Leitung der Kirche einer Einzelpersonlichkeit übertragen werde, diese solle nicht notwendig Theologe sein müssen; ihr zur Seite soll für die Erledigung bestimmter Aufgaben ein Dreierrat treten, bestehend aus dem Kirchenpräsidenten, dem Präsidenten des Landeskirchentags und einem weiteren Mitglied des Landeskirchentags. Die sich anschließende eingehende Erörterung beschäftigt sich vor allem damit, ob der Kirchenpräsident zugleich Präsident des Kirchenrats sein solle, ob er ein Theologe sein müsse oder ob auch ein Laie gewählt werden könne, und welchen Titel der Leiter der Landeskirche zu führen habe: Kirchenpräsident oder Bischof.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 7. Mai.

Der Landtag setzte heute die Einzelberatung der Anforderungen für das Ministerium des Innern im Staatsvoranschlag für 1920 fort. Minister Kemmle teilte u. a. mit, daß die Gendarmen Beamte im Sinne des Beamtenengesetzes sind, die Militärgerichtsbarkeit wird für die Gendamerie aufgehoben. Bei der Anordnung für das Landesgewerbeamt befaßte sich Abg. Niederbühl (Dem.) mit den Wünschen von Handwerk und Gewerbe. Der Redner stellte eine Reihe Forderungen auf, darunter: Tatkräftige Unterstützung des Handwerks und Gewerbes durch Beförderung mit Rohstoffen und durch Abgabe billiger elektrischer Kraft, Rücksichtnahme auf die Eigenschaft des Handwerks und Gewerbes bei den neuen Steuern, zeitgemäße Regelung des Lehrlingswesens und des gewerblichen Schulwesens, unbedingte Ablehnung jeder Sozialisierung und Berücksichtigung des Handwerks und Gewerbes bei Festlegung der Arbeitszeit. Die Abg. Dr. Schäfer (Nt.), Vogel (Dem.), Mager (Deutsch-nat.) unterstüzten die Wünsche des Handwerks. Eingehend besprochen wurde auch der Aktstundentag und die Lehrlingsfrage. Bei der Anordnung für die Landwirtschaftskammer bezog sich Abg. Vielhauer (Dem.) einen von Abgeordneten sämtlicher Parteien unterzeichneten Antrag über die Vereinfachung von Dingen mittels durch die bad. Regierung. — Fortsetzung der Beratung nächsten Dienstag, 1/2 4 Uhr.

Baden.

Karlsruhe, 7. Mai. Bei den Beratungen des Landtagsausschusses über die Anordnungen für das Ministerium des Innern im Staatsvoranschlag für 1920 wurde u. a. von Regierungseite mitgeteilt, daß wie-

der eine Zunahme der Trunksucht festzustellen sei und die Trinkerheilanstalt in Neuenburg, die während des Krieges zu anderen Zwecken verwendet werden konnte, sich wieder öffne. Wegen des fehlenden Valutaanspruches können erholungsbedürftige Kinder unbemittelter Eltern nicht mehr in die Schweiz gebracht werden; ihnen soll in Baden, vielleicht auf dem Humberg, Unterkunft verschafft werden. Die Schweiz hat erklärt, aus solchen deutschen Städten, die Wiener Kinder aufgenommen haben, keine Kinder mehr in die Schweiz zuzulassen. Für die Erwerbslosen werden 6 Millionen angefordert, eine Summe, die im Ausmaß als zu hoch bezeichnet wurde. Mannheim hat die meisten Arbeitslosen, dann Vörrach, Rehl und Heidelberg. Karlsruhe hat nur wenige, Pforzheim und die Kurortorte gar keine. Die demnächst beginnenden Reformationsarbeiten sollen neue Arbeitsgelegenheiten bringen. Eine lebhafte Aussprache enthielt sich bei der Diskussion von 10.000 Mk. zur Unterstützung der von den Gewerkschaften unterhaltenen Arbeitersekretariate. Zunächst sollen noch die Forderungen erfüllt werden.

Heilbronn, 7. Mai. Die Polizei verhaftete 6 junge Burgen im Alter von 13-17 Jahren, die aus einem Eisenbahnwagen im Rheinland gestiegen im Wert von 6000 Mk. gestohlen hatten.

Heidelberg, 7. Mai. Die Polizei verhaftete eine 19-jährige Witwe wegen Kindesmißhandlung. Die Frau H. Mutter von sieben Kindern und hatte ein Verhältnis mit einem verheirateten Mann, das nicht ohne Folgen blieb. Das im Januar geborene Kind erkrankte sie im Nabelschnur und beantragte ihren 16-jährigen Sohn, die Leiche hinter dem Haus zu begraben.

Wertheim, 7. Mai. Bei einem nächtlichen Einbruch in die kathol. Stadtkirche wurde der Tabernakel zerbrochen und ein Speiseleib gestohlen.

Hornberg b. Triberg, 7. Mai. Das Erziehungshaus des Badischen Beamtenbundes, St. Oth. Hornberg, wird am 17. Mai eröffnet werden.

Brigach (bei Bellingen), 7. Mai. Hier wurde festgestellt, daß die Maul- und Klauenseuche durch Einschleichen aus Nordbrunnen und eingetragt worden ist.

Vörrach, 7. Mai. Die Arbeiter zur Schließung der Feste streiken sich ihrem Ende zu; in einigen Wochen dürften die letzten schweren Sprengungen der Festungswerke vorgenommen werden. Es geht übrigens das Gerücht, daß der sogenannte Röhreiner Klotz, sowie auch der Schafberg zwischen Hieber und Fringen abgetragen werden sollen. Sollte sich dieses Gerücht bewahrheiten, dann müßte nicht nur das Markgräflerland, sondern ganz Baden gegen diese Verschandelung eines der schönsten Wahrzeichen unseres Landes energig Einspruch erheben.

Vermischtes.

Neuer Vorsitzender der Kolonialgesellschaft. Der erste des verstorbenen Herzogs Johann Albrecht zu Mecklenburg ist der frühere Gouverneur von Deutsch-Südwest-Afrika, Dr. Seitz, zum Vorsitzenden der Deutschen Kolonialgesellschaft gewählt worden.

Schlafkrankheit. In Gernsheim a. Rhein (Hessen) sind zwei Personen an Schlafkrankheit gestorben, die von den schwarzen Franzosen eingeschleppt worden ist.

Samstagsblat. Der Schauspieler Leopoldine Konstantin sind im Hotel Bristol in Wien Schmutzschuhen im Wert von 400.000 Kronen gestohlen worden.

24.000 Kilo Hausschnecken unerschützlich. In der Wiener Extrablatt berichtet, sind in der Hauptbahnhalle in Wien an einem Tag 24.000 Kilo geschützte Schneckenfleisch abgeblieben, weil der Bevölkerung das Geld zum Einkauf fehlte. Aber für Verderben haben die Wiener Schneckenfleisch 145.000 Kronen abgibt, die sie als Kennpreis gestiftet haben.

Er abgeschickt an Nordpol. Kronprinz Edward Albert von Großbritannien, der auf einer Reise nach Australien und Neuseeland sich befindet, ist nach der Londoner „Daily Mail“ zufolge des Generalkreis in einem entlegenen Teil von Nord-Neuseeland seit einigen Monaten völlig von der Kulturwelt abgeschnitten. Der Ministerpräsident von Neuseeland verläßt, dem Prinzen von Wales mit Kraftwagen zu Hilfe zu kommen.

Sendersünder. Wie die „Pomm. Tagespost“ berichtet, sind in Sielitz Mitglieder der demokratischen Partei aus dieser Partei ausgetreten und haben eine Reformgruppe der Deutschen demokratischen Partei mit antisemitischer Richtung gegründet.

Die schwarzen Pöken sind im pommerschen Kreis Stolp durch Einwandern aus dem Osten eingeschleppt worden.

Merkwürdige Explosion. Zwei französische Soldaten stießen, wenn der Bericht eines französischen Blattes wahr ist, in dem Fischen Feste bei Reims, wobei sie Handgranaten benutzten. Sie kamen an eine Stelle, die die Deutschen bei ihrem Rückzug 1918 überschritten und dabei Munition verstreut haben sollen. Durch eine Handgranate sei die Munition zur Explosion gebracht worden. Die beiden Soldaten und 50 Kinder, die am Ufer standen, sollen getötet, viele andere verwundet worden sein.

Platinhah. In Frankfurt a. M. waren unlängst Platinhah im Wert von 1.800.000 Mark gestohlen worden, auf die Wiederbeschaffung war eine Belohnung von 180.000 Mk. ausgesetzt. Einem Arbeiter Braun in Ludwigshafen a. Rh. wurde nun von einem Agenten Rosenbaum in Frankfurt der Vorfall gemeldet, das Platin gegen hohe Vermittlungsgebühr zu verkaufen. Braun trat sich inbar darauf ein, verständigte aber sofort die Kriminalpolizei, die Rosenbaum und einen anderen Agenten namens Wachenheimer verhaftete. Das Platin wurde bei den Verhafteten vollständig vorgefunden.

Frühjahrschwämme. Die Morcheln und Porcheln gehören, wie dem „Schw. Merkur“ geschrieben wird, zu den wenigen Schwämmen unserer Heimat, die, wo sie häufiger vorkommen, auch vom Landvolk geerntet oder zum Verkauf gesammelt werden, und sind wohl unter allen die köstlichsten. Jetzt ist ihre Zeit. Darum wer Plätze weiß, an denen sie sich zu zeigen pflegen, mag hinausgehen und suchen, sobald der Regen vorbei ist. Auf's Geratewohl suchen, verspricht kaum Erfolg. Wer aber zufällig eines der eigentümlich wabenartig gezeichneten braunen Köpchen auf weißlichem Stiel an einem Weg erblickt, soll sich wohl anschauen, da dann in der Regel andere in der Nähe stehen werden. Wenn er Glück hat, kann er ganze Mengen finden. Der Standort ist auf sandigen Waldböden und Wiesen mit kärglichem Graswuchs, auch am Rand von Gebüsch, namentlich in der Nähe fließenden Wassers. Häufiger als diese Schwämme ist zur Zeit wohl ein anderer, der seinen Namen mit Recht trägt, der Malischwamm. Er gibt reichlich aus, wenn die einzelnen Hülle entweder dicht zusammengebrängt ganz Knuden oder auseinandergerichtet mehr oder weniger vollkommene Negerlinge bilden. Der ganze Schwamm ist gelblich weiß, der Hut wird bis über 10 Zm. breit und ist etwas unregelmäßig gefaltet, am Rand anfangs etwas eingekragt, wellenförmig. Als gutes Kennzeichen dient der kräftig schattige Geruch, wobei daran erinnert sein mag, daß ein Schwamm mit Mehlgeruch niemals giftig, und wenn er nicht stark bitter schmeckt, für die Küche zu empfehlen ist.

Aus der Heimat.

Wildbad, 10. Mai. Unter recht zahlreicher Beteiligung fand am gestrigen Sonntag ein Gauwandertag der Turnvereine des Enzgaues nach Wildbad statt. Um 12 Uhr trafen die angekommenen Vereine bei der Trinkhalle zusammen, woselbst die Sängervereine des hiesigen Turnvereins einige gut zu Gehör gebrachte Lieder vortrug. Anschließend hieran marschierten die Vereine mit Musik nach der Turnhalle. Vorstand Batt begrüßte die auswärtigen Vereine mit herzlichen Worten, worauf Gauvorstand Strohmayer das Wort zu einer kurzen, aber markigen Ansprache ergriff. Um 3 Uhr begannen die Vorturnerübungen für den Gauturntag und um 5 Uhr marschierten die Vereine geschlossen ins Lokal zur „Alten Linde“, um auch Fidelitas an dem so schön gelungenen Tag mitreden zu lassen.

Milchpreiserhöhung. In einer in Karlsruhe abgehaltenen Sitzung des badischen Landesmilchschäufers wurde einer bedeutenden Erhöhung der Preise für Milch und deren Erzeugnisse zugestimmt. Ein entsprechender Entschluß wurde dem bad. Ministerium des Innern vorgelegt. Die süddeutschen Staaten wollen sich für eine möglichst gleichmäßige Preiserhöhung einigen. Der Landesmilchschäufers schlägt einen Erzeugerpreis von 1.50 Mk. vor.

Pachtfindigung. Wie verlautet, haben die sämtlichen größeren Gutsbesitzer Württembergs beschlossen, die laufenden Pachtverträge, und zwar sowohl Einzelpacht wie Doppelpacht, zu kündigen und von Verpachtung in Zukunft abzusehen. Teilweise soll auch die sofortige Auflösung der Pachtverhältnisse verlangt werden. Diese Maßnahmen sind auf den Gesetzentwurf der demokratischen Partei zurückzuführen, der die Abgabe des parzelliert verpachteten und nicht unter persönlicher Mitarbeit des Eigentümers bewirtschafteten Besitzes an den Staat verlangt, der über diesen Besitz zu Gunsten öffentlicher Körperschaften, insbesondere gemeinnütziger Siedlungsunternehmungen verfügen wird.

Erhöhung des Betrags für Nachnahmefen-

nungen. Im Hinblick auf die Geldentwertung ist die Erhöhung des zulässigen Betrags für Nachnahmefenbungen im Postverkehr zu erwarten. Eine Einschränkung dürfte nur insoweit erfolgen, als Nachnahmepakete über 1000 Mk. nur dann abgehandelt werden dürfen, wenn statt der Postanweisung eine Zahlkarte beigelegt ist, d. h. also wenn der Absender ein Postcheckkonto besitzt.

Neuanmeldung der Auslandsforderungen. In Kürze ist mit einer nochmaligen allgemeinen Aufforderung zur Neuanmeldung der auf Geld lautenden und aus der Vorkriegszeit stammenden Auslandsforderungen und Verbindlichkeiten auf besonderen Formularen zu rechnen. Für die beteiligten Kreise ist es empfehlenswert, zwecks rascher Durchführung des Verrechnungsverfahrens schon jetzt diese Anmeldung vorzubereiten.

130 000 Tornister. Die Abg. Fischer und Herß (Bürgerpartei) haben beim württ. Staatsministerium die Anfrage eingebracht, ob diesem bekannt ist, daß in einem Ebinger Sammellager etwa 130 000 Tornister lagern, die von der Reichstreuhandgesellschaft A.-G. Stuttgart an die Altlederverwertungsgesellschaft von C. Levin, Breslau, und S. Schwarzschild Feuerbach verkauft sein sollen. Der Verkauf sei zu verhindern und den Industrie- und Handwerksbetrieben Gelegenheit zu geben, diese Bestände zu erwerben.

Wirtschaftlicher Wochenüberblick.

Geldmarkt. Die Mark in Reich steigt seit jede Woche durchschnittlich um einen Rappen. Am Freitag mittag stand sie 11.10, am Freitagabend 10.95 Rappen gegen 9.80 Rappen vor acht Tagen. Entsprechend flüssig gestalten sich auch die Marktkurse an den anderen Auslandsbörsen. Der einheimische Zinssatz ist unverändert geblieben.

Börse. Die Verkaufslust der Warenhandelskreise, die sich, wo die Hochkonjunktur der Waren zu Ende geht, sich durch Verkauf ihrer Wertpapierbestände an der Börse zu entlasten suchen, erzeugt an den deutschen Börsenplätzen eine Unsicherheit und große Zurückhaltung im Geschäft. Die Kurse bröckeln weiter ab, größtenteils nur um wenige Prozent, vielfach aber auch mit Sprüngen, die die Gefahr einer Börsenkrise nahe rückt, wobei die bisher von der Spekulation am meisten bevorzugten Papiere am schlimmsten mitgenommen werden. Die einheimischen Anleihen dagegen halten sich gut, indem beispiels-

weise Kriegsanleihe wieder auf 79.50 gestiegen ist, 4prozentige Württemberger dagegen auf 90 zurückgegangen.

Produktenmarkt. Das neulich leicht gebesserte Interesse für Haber hat bereits wieder nachgelassen. Die Käufer halten überall zurück und das Angebot nimmt zu. Etwas besser ist die Nachfrage nach Hülsenfrüchten, auch die nach Stroh. Ganz gering ist das Interesse für Heu, weil bei dem prachtvollen Frühjahrswetter überall schon die Grünfütterung einsetzt. Die letzte amtliche Habernotierung in Berlin war 130 bis 146 Mark pro Zentner Haber; letztere Notiz 1000 ab Bahn.

Warenmarkt. Der Kampf zwischen Händlern und Käufern ist jetzt überall entbrannt. Die Käufer können den Abbau der allzu hoch hinaufgeschraubten Preise nicht länger abwarten, weil ihnen einfach das Geld ausgeht; die Verkäufer möchten zuvor ihre teureren Warenlager entlasten und sind wegen der weiteren Eindeckung in ähler Lage. Die Produktionsbeschränkung in der Schuhindustrie ist eine Folge der radikalen Kaufbeschränkung und hat leider bereits zur Arbeitsverkürzung in den Fabriken geführt. Auch im Textilgewerbe macht sich die Zurückhaltung der Käufer durch eine große Geschäftskälte bemerkbar. Der Kohlenmarkt macht immer noch keine Miene, den schwierigen Schiffsprozeß zu erleichtern. Die neuen, seit 1. Mai geltenden Kohlenpreise sind außerordentlich hoch und stellen immer noch mehr als das zehnfache des Friedenspreises dar. Die Brennstoffverkaufspreise und die Frage des Handelsnugens sollen dieser Lage geregelt werden. Eisen hat nochmals im Preise angezogen. Im Drahtgewerbe gab es nochmals neue Steigerungen.

Wohlfahrt. Die Seuchennote unterbindet den gesamten Marktverkehr in Flug- und Schlachtvieh und macht eine Preiskontrolle unmöglich.

Holzmarkt. Das Geschäft in den verschiedenen Holzarten beginnt etwas ruhiger zu werden. Die Preise gehen nicht nur bei Rund- und Langholz, sondern auch bei geschnittenem Bauholz weiter nach. Nach hier ist der Höhepunkt der Konjunktur auf deutsch gefogt des Wuchers, augenscheinlich überschritten.

Bermischtes.

Reife Erdbeeren. In den sog. Friedrichsweingärten in Hof und Lembach bei Marbach a. N. wurden die ersten, vollen reifen Erdbeeren gepflückt.

Ertrunken. Der ehemalige „Finanzminister“ der Münchner Räterepublik Dr. Freigen ist beim Baden im Geiser See ertrunken.

Die Firma Krupp hat, wie die „Vossische Zeitung“ erfährt, die Umstellung ihrer Werke auf Herstellung von Friedensartikeln bisher mit gutem Erfolg durchgeführt. Die Arbeiterzahl der Werke beträgt etwa 44 000 gegen 39 000 Personen vor dem Kriege.

Allgemeine Ortskrankenkasse Neuenbürg Bekanntmachung.

Auf Grund der Verordnung der Reichsregierung vom 1. April 1920 — Reichsges.-Blatt Seite 433 — sind die seither in der Kassensatzung festgesetzten oberen Grundlohngrenzen von 10 Mark auf 27 bzw. 30 Mark erhöht worden. An die Stelle der seitherigen Grundlöhne treten mit Wirkung vom 10. Mai ds. Js. ab folgende vom Kassenvorstand festgesetzten neuen Grundlöhne:

Stufe 1.	— bis 4 Mark Grundlohn	4 Mark
2.	4.01 „ 6 „	6 „
3.	6.01 „ 8 „	8 „
4.	8.01 „ 10 „	10 „
5.	10.01 „ 12 „	12 „
6.	12.01 „ 15 „	15 „
7.	15.01 „ 18 „	18 „
8.	18.01 „ 21 „	21 „
9.	21.01 „ 24 „	24 „
10.	24.01 „ 27 „	27 „
11.	27.01 „ 30 „ u. darüb.	30 „

Die Kassensbeiträge werden auf 5 1/2 Hundertstel von den oben festgesetzten Grundlöhnen je für eine Woche berechnet und betragen solche in der 1. Stufe 1.30 Mk., 2. Stufe 2.00 Mk., 3. Stufe 2.65 Mk., 4. Stufe 3.30 Mk., 5. Stufe 3.95, 6. Stufe 4.95, 7. Stufe 5.95, 8. Stufe 6.95, 9. Stufe 7.90, 10. Stufe 8.90, 11. Stufe 9.90, wozu noch die Invalidenvers.-Beiträge gerechnet werden.

Mit Rücksicht auf die Erhöhung der Grundlöhne und somit auf die Steigerung der Krankenversicherungsbeiträge hat der Kassenvorstand vorbehaltlich der Zustimmung des Kassenausschusses beschlossen, mit Wirkung vom 1. Juni ab die Familienhilfe einzuführen, wonach künftig z. B. nicht versicherte Ehefrauen, Töchter, Stief- u. Pflegekinder, oder Familienmitglieder der Versicherten, die mit diesen in häuslicher Gemeinschaft leben und Letztere das 15. Lebensjahr noch nicht überschritten haben im Falle ihrer Erkrankung auf die Dauer von 13 Wochen freie ärztliche Behandlung einschl. Zahnbehandlung, Bäder, Brillen und sonstige Heilmittel, letzten bis zum Höchstbetrage von 40 Mk., dann Vergütung der Krankenhauspfelegelosten bei Erwachsenen bis zur Hälfte und bei Kinder bis zu einem Viertel, sowie beim Tode eines Ehegatten die Hälfte, und beim Tode eines Kindes ein Viertel des Sterbegelds, erhalten. Durch diese Neuerung und die Erhöhung des Krankengelds ist einem dringenden Bedürfnis der Versicherten nach einer besseren Versorgung in den Krankheitstagen auch für ihre Familienangehörigen hiermit Rechnung getragen.

Das Krankengeld und das Wochengeld betragen je 60 % vom Grundlohn. Das Hausgeld und Stillgeld betragen je die Hälfte der neuen Krankengelder und das Sterbegeld beträgt den 20fachen Betrag der neuen Grundlöhne.

Durch die obigen. Verordnung der Reichsregierung sind die gegen Entgelt beschäftigten Betriebsbeamten, Werkmeister und anderen Angestellten in ähnlich gehobener Stellung, sämtlich, wenn diese Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet bis zu einem Jahresarbeitsverdienst von 12000 Mark vom 3. Mai ds. Js. ab versicherungspflichtig geworden.

Die Arbeitgeber haben die nunmehr versicherungspflichtig Gewordenen umgehend bei unserer Kasse anzumelden. Zu weiterer Auskunftserteilung wollen sich die Arbeitgeber und Versicherten an die Kassenvorwaltung wenden
Vorstand des Vorstands: Eugen Seeger. Verwalter: Edelmann.

Frisch eintreffend:

**Cabliau,
Seelachs,
Pfannkuch u. Co.**

empfehlen

:-: Kunsteis! :-:

Den Herren Hotel- und Wirtschaftsbesitzern teile ich höflichst mit, dass meine Lastwagen während der Saison regelmässig wöchentlich 2 bis 3 Mal nach Wildbad fahren. — Geil. Bestellungen auf **Kunsteis**, sowie **Münchner-, Pilsner-, Tucher-, Fürstenberg- und Karlsruher Biere** werden prompt erledigt. Ich ersuche höflichst, mir zugedachte Aufträge jeweils rechtzeitig aufzugeben und empfehle mich hochachtungsvoll :-: :-:

:-: Biergrosshandlung und Eisfabrik :-:
G. Treibmann, Inh.: G. Hüttinger, Pforzheim
Telefon 3070.

Heu

sucht zu kaufen
Güterbeförderer Ritz.

Hotel oder Pension

zu pachten oder
Direktion gesucht
mit späterer evtl. Uebernahme
von tücht., erfahrenen Hotelier.
Off. an die Geschäftsstelle
des „Wildb. Tagbl.“ erbeten.

Zuverlässiger
Schuppen-
Arbeiter,
sowie jüngerer
Pferdeknecht,
können sogleich eintreten.
Güterbeförderer Ritz.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme die wir bei dem Hinscheiden unseres lieben unvergesslichen Vaters und Grossvaters

Karl Weik,

Messersomit,

von allen Seiten erfahren durften, besonders für die trostreichen Worte des Herrn Stadtpfarrer am Grabe, sowie für die vielen Kranzspenden sagen herzlichen Dank.

Wildbad, den 9. Mai 1920.

Familie Ginder.

Hotel Gold. Ochsen

Eröffnung

Himmelfahrtsfest.

G. Schmid.

Klavierstimmungen

werden auch in diesem Sommer wieder gewissenhaft ausgeführt. Bestellungen werden in der **Buchhandlung Paucke** gern entgegengenommen.

Gustav Schmid
Thekla Schmid
geb. Geldreich
Vermählte

Wildbad Oberkirch

Mai 1920.

Neuheiten

in

Batist und Voile

weiss und gemustert

Dirndl-Stoffe

reizende Muster

Damen-Jacken

Blusenschoner

in allen Farben
empfehlen in reich sortierter Wahl

Ph. Bosch Nachf. Wildbad.
Telephon 32.

